

LANDTAG .LIBERAL

02
24

**DAS
WICHTIGE
FRAGEN.**



**WIR VERSTEHEN
WIRTSCHAFT**

DAS MAGAZIN DER FDP-LANDTAGSFRAKTION NORDRHEIN-WESTFALEN

Jeder Extremist
ist Mist!

NRW-Kohleausstieg
frühestens 2033

Wirtschaft
soll Abiturfach werden



Liebe Leserin, lieber Leser,

am 6. Juni war es wieder so weit: Unter dem Motto „**KI oder KO: Wie gewinnt unsere Wirtschaft die Zukunft?**“ luden wir Freie Demokraten zum zweiten Liberalen Talk in diesem Jahr in den Landtag NRW ein.

Wir erleben einen gewaltigen Wandel. Generative Künstliche Intelligenz (KI) dringt in alle Gesellschaftsbereiche vor, neue Geschäftsmodelle entstehen und Unternehmen müssen ihre Strategien anpassen. Was bedeutet das für Industrie, Mittelstand und Politik? Kann unsere Wirtschaft durch KI smarter werden? Die Transformation ist in vollem Gange und wir müssen uns beeilen, nicht den Anschluss zu verlieren. Für uns ist aber klar: KI bietet die größte Chance auf ein neues Wirtschaftswunder.

Doch wie realisieren wir dieses Wunder, wenn überall Fachkräfte fehlen? Unternehmen suchen verzweifelt nach Personal, während vielen Eltern passende Betreuungsangebote fehlen, um Beruf und Familie zu vereinbaren. Die Landesregierung lässt Familien, OGS-Träger und Arbeitgeber mit ihrer Untätigkeit beim OGS-Rechtsanspruch im Stich. Wir fordern eine **verlässliche und qualitativ hochwertige Ganztagsbetreuung**. Schwarz-Grün muss endlich aufwachen!

Wo die Landesregierung wichtige Entscheidungen verschläft, agiert sie anderswo voreilig und unüberlegt: Der überhastete Kohleausstieg 2030, im grünen Hinterzimmer mit RWE beschlossen, gehört dazu. Der Strukturwandel im Rheinischen Revier ist eine Jahrhundertaufgabe und braucht verlässliche Rahmenbedingungen. Unser Fraktionsvorsitzender Henning Höne macht es deutlich: Ein übereilter Ausstieg gefährdet die Energiesicherheit und den Strukturwandel. **Der Kohleausstieg sollte frühestens 2033 kommen**, damit die Wirtschaftswende in NRW gelingt.

Wie Sie sehen: Es hängt alles zusammen. Über diese und weitere Themen informieren wir Sie täglich auf unserem WhatsApp-Kanal. Den QR-Code finden Sie auf der Rückseite dieses Magazins.

Ihr

MARCEL HAFKE

Parlamentarischer Geschäftsführer



Mit einer neuen Antragsinitiative engagiert sich die FDP-Landtagsfraktion NRW für eine Verschiebung des Kohleausstiegs im Rheinischen Revier. Der Ausstieg sollte frühestens 2033 kommen, um den notwendigen Strukturwandel erfolgreich zu gestalten und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Nach Überzeugung der Liberalen ist der übereilte Ausstieg im Jahr 2030 weder transparent noch nachvollziehbar – und gefährdet die Energiesicherheit sowie den Strukturwandel in der Region. Hierzu sagt Henning Höne, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion NRW:

„Der Strukturwandel im Rheinischen Revier ist eine Jahrhundertaufgabe, die klare und verlässliche Rahmenbedingungen braucht. Schwarz-Grün hat den Kohleausstieg völlig kopflos auf das Jahr 2030 vorgezogen, das war unverantwortlich. Ministerpräsident Hendrik Wüst und sein grüner Juniorpartner gefährden damit die Energiesicherheit Nordrhein-Westfalens und den Strukturwandel der Region. Ohne ausreichende Ersatzkapazitäten und gesicherte Kraftwerksleistungen bis 2030 drohen erhebliche Kosten für die Steuerzahler und das Scheitern des Kohleausstiegs. Ich erwarte, dass Ministerpräsident Wüst seinen Fehler eingesteht und den Kohleausstieg mit den Grünen auf frühestens 2033 verschiebt! CDU und Grüne müssen ihren wirtschafts- und energiepolitischen Blindflug beenden.

Das Gelingen der klimaneutralen Transformation unseres Industrielands wird im Rheinischen Revier entschieden. Die unnötig vorgezogene Ausstiegssent-

scheidung bedroht zahlreiche Arbeitsplätze, viele Projektvorhaben sind noch gar nicht bewilligt. Die Landesregierung muss außerdem dafür Sorge tragen, dass die Ansiedlung von Microsoft ein nachhaltiger Erfolg wird. Die Entscheidung, den Kohleausstieg vorzuziehen, wurde im grünen Hinterzimmer mit RWE getroffen – ohne Transparenz und Nachvollziehbarkeit. Die Menschen im Rheinischen Revier sollten nicht ausbaden müssen, was den Grünen vor ihrem Bundestag 2022 opportun erschien.

Das Rheinische Revier braucht mehr Freiheitsgrade und Entwicklungszeit! Planungssicherheit und Unterstützung für die Region müssen oberste Priorität haben. Es reicht nicht aus, dass der Ministerpräsident und seine grüne Energie- und Wirtschaftsministerin Mona Neubaur nur schöne Worte finden. Wir brauchen ein starkes Rheinisches Revier, damit die von uns Freien Demokraten geforderte und dringend benötigte Wirtschaftswende in NRW gelingen kann.“ ■



„JEDER EXTREMIST IST MIST!“ – WIR MÜSSEN UNSERE DEMOKRATIE SCHÜTZEN

Der Verfassungsschutzbericht 2023 offenbart alarmierende Entwicklungen: Von islamistischem Terrorismus über linksradikale Gewalt bis zu rechtsextremen Straftaten – die Gefahren sind real und bedrohlich. Die Anzahl islamistisch motivierter Straftaten hat sich laut aktuellem „Lagebild Islamismus“ im Vergleich zum Vorjahr mehr als verfünffacht. „Der Extremismus in NRW geht durch die Decke und die Landesregierung schaut schulterzuckend zu. Unter Innenminister Herbert Reul verschärft sich die Lage jeden Tag weiter. Unsere Demokratie ist in Gefahr, die Bedrohungen eskalieren“, warnt Marc Lürbke, unser innenpolitischer Sprecher.

PRÄVENTION UND DERADIKALISIERUNG

Kinder und Jugendliche radikalisiert sich zunehmend ungebremst zwischen Kinderzimmer und Moschee. Wie kann die Radikalisierung gestoppt werden? Eine Lösung: Die Anwerbung durch Islamisten und Salafis-

ten muss im Keim erstickt werden. Wir müssen dieser menschenverachtenden Ideologie mit allen rechtsstaatlichen Mitteln den Nährboden entziehen und den geistigen Brandstiftern konsequent ihre Bühnen nehmen. Salafistische Moscheen müssen geschlossen werden, zudem muss der Verfassungsschutz mit den Extremisten auch in sozialen Medien Schritt halten. Das Internet darf kein Nährboden mehr für Hass und

**„SCHWARZ-GRÜN MUSS
ENDLICH ALLE RECHTLICHEN
MÖGLICHKEITEN
KONSEQUENT AUSSCHÖPFEN,
UM DEM WACHSENDEN
ISLAMISMUS IN NRW EINEN
RIEGEL VORZUSCHIEBEN!“**

Marc Lürbke



Hetze sein. Doch unsere Sicherheitsbehörden kommen ohne weitere Unterstützung den großen Herausforderungen kaum mehr nach. „Schwarz-Grün muss dem Verfassungsschutz in NRW umgehend mit einer großen Verstärkungs-Offensive den Rücken stärken“, sagt Lürbke. „Mehr Ressourcen, verbesserte Zusammenarbeit und verstärkte Präventionsmaßnahmen: Es wird Zeit, dass die Landesregierung den Verfassungsschutz endlich auf belastbarere Füße stellt!“

KLARE KANTE GEGEN EXTREMISTEN

Für uns Freie Demokraten ist klar: Wir müssen den freiheitlichen Verfassungsstaat mit klarer Kante gegen Extremisten verteidigen. Gruppierungen wie „Muslim Interaktiv“ wollen ein weltweites Kalifat errichten. „Die Unterwanderung unseres demokratischen Staates durch extremistische Organisationen, die Hass und Intoleranz verbreiten, ist absolut inakzeptabel“, sagt Lürbke. NRW muss wehrhafter werden gegen

Islamisten und Salafisten. Wer hier ein Kalifat errichten oder die Scharia zur Gesellschaftsordnung erheben möchte, hat bei uns nichts zu suchen.

ROSTET DER SHERIFFSTERN?

Die Probleme von Innenminister Reul stapeln sich: Im Jahr 2023 wurden laut Polizeilicher Kriminalstatistik mehr als 1,4 Millionen Straftaten registriert, darunter rasante Anstiege besonders bei Eigentumsdelikten, Cybercrime und der Kinder- und Jugendkriminalität. Auch die Zahl von Messerangriffen nimmt in NRW ungebremst weiter zu. Ende Mai 2024 machte Reul dann auch noch Negativschlagzeilen anderer Art: Er hat Wahlkampfspenden von einem mutmaßlichen Schleuser-Chef erhalten. „Gerade vom Innenminister erwarte ich, dass er besonders hohe Maßstäbe an die Trennung von Partei- und Ministeramt anlegt“, kritisiert Lürbke. In einer Sondersitzung des Innenausschusses blieben viele Fragen offen. ■

RECHTSANSPRUCH AUF OFFENE GANZTAGSBETREUUNG IN NRW:

LANDESREGIERUNG LÄSST FAMILIEN, TRÄGER UND UNTERNEHMEN WEITER IM UNGEWISSEN



Ab dem Schuljahr 2026/27 soll der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsbetreuungsplatz für Grundschulkinder in Kraft treten. Anfang März hat die NRW-Landesregierung nur ein dreiseitiges Papier hierzu vorgelegt, das mehr Fragen aufwirft, als es beantwortet. Die Untätigkeit von CDU und Grünen stürzt Familien, OGS-Träger und Arbeitgeber jetzt in neue Unsicherheiten.

VERLÄSSLICHE BETREUUNG

Wir fragen uns: Wohin soll diese Planlosigkeit führen? Unternehmen suchen händelndes Personal. Und Eltern benötigen passgenaue Betreuungsangebote, um Arbeits- und Familienzeit unter einen Hut zu bekommen. Insbesondere in Zeiten des Fachkräftemangels können wir es uns nicht leisten, dass Eltern wegen fehlender Betreuungsangebote am Nachmittag ihre Arbeitszeit reduzieren müssen.

„Die Familien laufen schnurstracks auf ein permanentes Betreuungs-Bingo zu, wenn CDU und Grüne den Rechtsanspruch nicht regeln! Das Thema ist viel zu ernst, als dass man hier ein Geduldsspiel veranstaltet“, kritisiert unsere schulpolitische Sprecherin Franziska Müller-Rech.

BILDUNGS- UND AUFSTIEGSCHANCEN ZUR PRIORITÄT MACHEN

Nicht nur das Betreuungsangebot und die damit verbundene Planbarkeit bleiben auf der Strecke: Durch den fehlenden Rechtsanspruch wird die Chance verpasst, einen bildungspolitischen Meilenstein in NRW zu erreichen: Wir müssen Aufstiegschancen und Bildungsgerechtigkeit für unsere Kinder garantieren können – unabhängig davon, ob Eltern berufstätig sind oder nicht.

FRANZISKA MÜLLER-RECH
SPRECHERIN FÜR
SCHULE
UND BILDUNG



LANDESAUSFÜHRUNGSGESETZ BENÖTIGT

Wie können wir diese Ziele erreichen? Wir fordern die NRW-Landesregierung dazu auf, schnellstmöglich ein Ausführungsgesetz vorzulegen, um den Rechtsanspruch auf offene Ganztagsförderung für Grundschulkinder ab 2026 sicherzustellen. CDU und Grüne müssen die notwendigen Schritte für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf organisieren. „Wir brauchen Verlässlichkeit und Qualität in der Ganztagsbetreuung. Schwarz-Grün muss endlich aufwachen“, mahnt Müller-Rech.

Die Landesregierung muss endlich Klarheit schaffen, damit Familien, Träger und Unternehmen Planungssicherheit erhalten. ■

„CDU und Grüne haben nicht nur eine historische Chance zur Verbesserung der Betreuungsqualität verpasst, sie haben auch die rechtliche Absicherung vernachlässigt. Das ist ein politischer Offenbarungseid!“

NORDRHEIN-WESTFALEN ZUR LUFT- UND RAUMFAHRT-HOCHBURG AUSBAUEN

Wir Freie Demokraten stoßen eine ambitionierte Luft- und Raumfahrtstrategie an: „Nordrhein-Westfalen soll Vorreiter in der Luft- und Raumfahrttechnologie werden! Dafür müssen wir die Sichtbarkeit erhöhen, ein starkes Netzwerk aufbauen und Innovationswettbewerbe fördern. Unser Bundesland ist schon heute ein bedeutender Standort für Luftfahrt-Zulieferer. Jetzt müssen wir den nächsten Schritt machen! Die Landesregierung muss Digitalisierung und Dekarbonisierung als aktuelle Chancen nutzen“, erläutert Dietmar Brockes, unser wirtschaftspolitischer Sprecher.

Die Luftfahrtbranche Nordrhein-Westfalens ist ein wichtiger Wachstumstreiber für die Wirtschaft. Innovationen in der Luft- und Raumfahrt lösen zudem oftmals technische Weiterentwicklungen in anderen Branchen aus.

STARKES, WETTBEWERBSFÄHIGES NETZWERK

Wir fordern die Landesregierung auf, gemeinsam mit allen Beteiligten eine umfassende Strategie zu entwickeln, um NRW als internationalen Spitzenreiter zu positionieren: „Unsere mittelständischen Unternehmen sind das Rückgrat der Branche und brauchen jetzt Unterstützung, um in neue Technologien zu investieren und international den Anschluss zu halten“, so Brockes.

Unter anderem fordern wir:

- **Finanzierung von Aerospace.NRW verstetigen und das Netzwerk als interdisziplinäres Forschungs- und Industriecenter ausbauen**
- **einen landesweiten Innovationswettbewerb für Luft- und Raumfahrttechnologien installieren**

- **das Standortmarketing ausbauen und die Sichtbarkeit der Luft- und Raumfahrtindustrie in der NRW-Außenwirtschaftsförderung erhöhen**
- **vergünstigte Darlehen der NRW.Bank und eine Erhöhung der Bürgschaftsobergrenze bei der Bürgschaftsbank NRW auf 2,5 Millionen Euro**
- **gezielte Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität relevanter Berufsfelder und spezielle Ausbildungsinitiativen**

Brockes weiter: „Mit dieser Initiative möchten wir die Chancen der Luft- und Raumfahrtbranche voll ausschöpfen und unser Bundesland wirtschaftlich topfit und innovativ für die Zukunft aufstellen. Hochtechnologien ‚Made in NRW‘ können weltweit helfen, Treibhausgasemissionen zu reduzieren und gleichzeitig wirtschaftliches Wachstum zu fördern. Das ist eine Win-Win-Situation für unser Land!“ Jetzt brauche es nur den politischen Willen und die Unterstützung aller Beteiligten, um das ambitionierte Zukunftsprojekt zu verwirklichen. ■



IMPRESSIONEN AUS DER FRAKTION

2. LIBERALER SENIORENTAG



VERNISSAGE UND QUEER-EMPFANG



LIBERALER TALK





GEHEIMNISKRÄMEREI UM GRÜNEN-DEAL MIT RWE – WIR PRÜFEN WEITERE RECHTLICHE SCHRITTE



Die NRW-Landesregierung will vorzeitig 2030 aus der Braunkohle aussteigen. Das haben die Grünen mit dem Energiekonzern RWE im Oktober 2022 ausgehandelt. Der Ablauf der Gespräche war bislang geheim. Unser Fraktionsvorsitzender Henning Höne hat nun mit Hilfe des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) die Offenlegung der Regierungsdokumente erzwungen. Die Ergebnisse sind nicht zufriedenstellend: „Statt der versprochenen Transparenz haben wir lediglich bruchstückhafte und umfassend geschwätzte Dokumente erhalten. Dies bestätigt nur, dass CDU und Grüne viel zu verbergen haben“, kritisiert Höne. Wir werden weiter dafür streiten, dass die Öffentlichkeit die Wahrheit erfährt! ■



HAUSHALTSLOCH ÜBER 2,5 MILLIARDEN EURO – NRW BRAUCHT DIE WIRTSCHAFTSWENDE



Nach der Steuerschätzung des Bundes muss NRW für das laufende Haushaltsjahr 2024 mit rund 1,2 Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen auskommen. 2025 werden es 1,3 Milliarden Euro weniger sein. „Die Finanz- und Wirtschaftspolitik von CDU und Grünen in NRW sind eine Sackgasse“, kritisiert unser Vorsitzender Henning Höne. Statt notwendige Impulse zu setzen, halte Schwarz-Grün an einer verfehlten Subventionspolitik fest, die das wirtschaftliche Wachstum erstickt.

Anfang Juni 2024 verkündete NRW-Finanzminister Optendrenk, das Haushaltsdefizit durch neue Schuldenaufnahme zu decken. Wir fordern Klarheit und Sparsamkeit! Es gibt zahlreiche Einsparpotenziale im Landeshaushalt. „Wir müssen grünes Mikromanagement und Subventionsfantasien beenden und alle Bürokratieschlösser abreißen. Wir brauchen eine echte Wirtschaftswende für NRW, zurück zur sozialen Marktwirtschaft!“ ■

LANDESREGIERUNG SETZT FDP-INITIATIVE UM: JETZT QUEREINSTIEG IN DIE KITAS FLÄCHENDECKEND UMSETZEN!

Die Kitas in NRW stecken in einer prekären Personalsituation; 20.000 fehlende Fachkräfte müssen mittlerweile besetzt werden. Nun will die Landesregierung den Weg für qualifizierte Quereinsteiger freimachen – das fordern wir Freie Demokraten schon lange. „Die geplante Testphase in nur vier Kreisen ist allerdings viel zu zaghaft. Wir haben keine Zeit zu verlieren, der Quereinstieg muss sofort landesweit starten“, fordert unser familienpolitischer Sprecher Marcel Hafke. Es braucht einen landesweiten Programmstart, um den drängenden Erziehermangel zu beheben. ■



Weitere Informationen finden Sie hier:



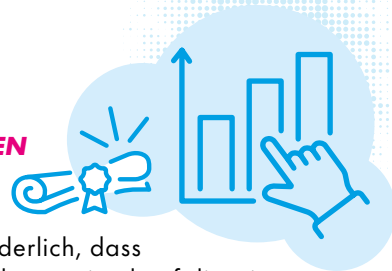
„SCHNELLER, EINFACHER, BESSER“ – JOBCENTER DIGITALISIEREN!



Wir Freie Demokraten engagieren uns für eine umfassende Digitalisierung der Jobcenter in NRW. Unser Ziel ist es, dass Prozesse bei Leistungsgewährung, Kundenkommunikation und Beratung voll digital und unkompliziert werden. „Unsere Jobcenter müssen endlich im digitalen Zeitalter ankommen“, betont Susanne Schneider, Sprecherin für Arbeit und Soziales. Vorbilder sind z. B. die Jobcenter im Münsterland und Düsseldorf, die digitale Antragsverfahren und Online-Terminvergaben eingeführt haben. CDU und Grüne müssen dringend die Digitalisierung in Kooperation mit den NRW-Kommunen und der Bundesagentur für Arbeit vorantreiben! ■



WIRTSCHAFT SOLL ABITURFACH WERDEN



„Es ist dringend erforderlich, dass Schulen die Jugendlichen optimal auf die wirtschaftlichen Herausforderungen des Lebens vorbereiten“, sagt unsere schulpolitische Sprecherin Franziska Müller-Rech. Denn für uns ist klar: Wir brauchen eine Reform der wirtschaftlichen und finanziellen Bildung! Die Einführung des Schulfachs Wirtschaft in den Klassen 5–10 war ein wichtiger Schritt, nun sollte es als Abiturfach und Leistungskurs etabliert werden! Zudem fordern wir praxisnahe Lehrinhalte und eine stärkere Berücksichtigung von Wirtschaftsdidaktik in der Lehrerbildung. Auch wichtig: Wirtschaftliche Bildung trägt zur Gleichstellung bei. Wir rufen die Landesregierung dazu auf, unsere Pläne zu unterstützen! ■



ZW!SCHENRUF NRW

DER PODCAST
DER FDP-FRAKTION
NORDRHEIN-WESTFALEN



Alle
Folgen:



**JETZT
REINHÖREN
UND DEN
PODCAST
ABONNIEREN!**



**FRISCHE INHALTE
UNSERER
FRAKTION GIBT ES
JETZT AUCH
BEI WHATSAPP!**

Bildhinweis: YuDwi Studio/stock.adobe.com

FOLGEN SIE UNS ONLINE!



@FDPFraktionNRW



@FDPFraktionNRW



@fdpltf_nrw



FDP-Landtagsfraktion NRW



@FDPFraktionNRW



IMPRESSUM

HERAUSGEBER:

FDP-Landtagsfraktion NRW

REDAKTION:

Verantwortlich für Inhalt und Seiten:
Tobias Havers

ANSCHRIFT DER REDAKTION:

FDP-Landtagsfraktion NRW
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
fdp-fraktion@landtag.nrw.de

REDAKTIONSSCHLUSS:

28. Juni 2024

GESTALTUNGSKONZEPT UND LAYOUT:

www.lockvogel-hamburg.de

GEDRUCKT AUF:

Umschlag: Circle Offset – IGEPA;
Innen: Holmen TRND – IGEPA

DRUCK UND PRODUKTION:

Beisner Druck GmbH & Co. KG

FÜR UNSERE ZUKUNFT

Dieses Magazin wird aus nachhaltigen Papierprodukten hergestellt.

Unsere Paperauswahl ist FSC®-zertifiziert.



UND WAS BEDEUTET DAS?

Weitere Informationen rund um das Thema FSC®-Zertifizierungen können Sie online nachlesen unter: www.fsc-deutschland.de